erscheinen könnte, ökonomische Ressourcen zum Wohl künftiger Generationen einzusetzen; was hat die Zukunft für uns schon gemacht?

Selbst wenn man diese Schwierigkeiten bewältigt – moralische Rechte künftiger Generationen werden erfolgreich aus der „Gerechtigkeit als Fairness“ behauptet –, stellen sich die Fragen danach, was man zwischen Generationen verteilen soll (Wohl? Ressourcen? Fähigkeiten?), und auf welche Basis man diese Verteilung stellen soll (ist die Gleichheit von Generationen unbedingt das beste Profil?). Theorien wie diejenige von Brown Weiss können bestimmte Lösungen vorschlagen, aber nicht auf alle diese Fragen eine Antwort geben.

Trotzdem verlangen die derzeitigen Anstrengungen eine Rechtfertigung, die nicht in der bloßen Erfüllung von gegenwärtigen Erwartungen liegen kann. Warum sollten die Entscheidungsträger den Klimawandel bekämpfen, wenn die Generation, die sie vertreten, wahrscheinlich kaum betroffen sein wird? Jedoch ist das Ziel „Schutz der Umwelt nicht nur für die gegenwärtige Generation sondern auch zum Wohl künftiger Generationen“ in zahlreichen internationalen Vereinbarungen, Erklärungen von Weltkonferenzen, Berichten von Fachkreisen, dem Leitmotiv der aktuellen Umweltdiplomatie (der nachhaltigen Entwicklung), den Werken der Mehrheit der Umweltvölkerrechtler und in gewisser Form in der Rechtsprechung des Internationalen Gerichtshofs auffindbar. Es wird im Umweltvölkerrecht anerkannt, dass moralische Rechte und Pflichten unabhängig von der zeitlichen Betrachtung bestehen, dass eine Form von „planetarischer Treuhand“ bzw. intergenerativem Gleichgewicht vorliegen sollte.

Allerdings hat sich die intergenerationelle Gerechtigkeit bisher nicht zu einer umweltvölkerrechtlichen Norm entwickelt. Es ist vorstellbar, dass sie in Verbindung mit dem Grundsatz der Billigkeit gebracht werden könnte, was ihr aber keine echte Rechtskraft verleihen würde. Besser ist es, sie als ein „Grundsatz“ im Sinne von Dworkin zu betrachten.

Im Rahmen des Klimaregimes spielt die intergenerationelle Gerechtigkeit eine wichtigere Rolle. Man kann sie als ein Rechtsgrundsatz bezeichnen, der die Auslegung und Durchführung des UNFCCC und des Kyoto-Protokolls leiten soll. Obwohl künftige Generationen keinen stärkeren Rechtsschutz unter diesem Regime genießen als derzeitige, erfüllt es bis zu einem gewissen Grad Ziele wie die Erhaltung von Optionen und Umweltqualität – durch Reduktionspflichten, die stufenweise vereinbart werden – und die Erhaltung des Zugangs zu natürlichen Ressourcen – durch den Begriff der gemeinsamen aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und dessen Konkretisierung. Am bedeutendsten ist, dass das Klimaregime einen institutionellen Rahmen schafft, der durch innovative Mechanismen eine nachhaltigere Behandlung des Problems ermöglicht.

Schließlich bleibt festzustellen, dass Theorien wie diejenige von Brown Weiss mehr Probleme schaffen mögen als sie lösen. Sicherlich tragen sie aber zur Entwicklung, Präzisierung und Verbreitung der Generationengerechtigkeit bei.

MANGELHAFTIGKEIT DER WARE AUFGRUND ÖFFENTLICH- RECHTLICHER BESTIMMUNGEN, DIE DIE VERWENDBARKEIT BESCHRÄNKEN

Ioulia Dolganova¹

A-Einleitung

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über Verträge über den internationalen Warenverkauf (CISG) ist eine moderne Rechtsvereinheitlichung, die das Ergebnis langjähriger Bemühungen zur Schaffung eines einheitlichen Kaufrechts für grenzüberschreitende Kaufverträge darstellt. Dieses Übereinkommen genießt eine breite Akzeptanz zwischen den Ländern, was durch die steigende Zahl von Ratifikationen und Entscheidungen nachgewiesen ist².

Es bestehen jedoch noch handelsrechtliche Fragen, zu welchen das Übereinkommen keine genaue Lösung bietet. Die öffentlich-rechtlichen Vorgaben eines Landes können Hemmungen für den Handel darstellen, wenn sie die Verwendbarkeit der Ware beschränken. Da im Rahmen des CISG weder eine spezifische Regelung dafür besteht noch eine höchstrichterliche Instanz existiert, welche für eine einheitliche Auslegung sorgen könnte³, besteht das Risiko einer divergierenden Rechtsprechung der internationalen Gerichte für dieses Problem.

Dies wirkt dem Sinn des Übereinkommens, nämlich der Vereinfachung und Vereinheitlichung des internationalen Handel, entgegen. Das Ziel dieser Seminararbeit ist es, durch eine Auswertung der Lehre und der Rechtsprechung zu untersuchen, welche Auswirkungen die öffentlich-rechtlichen Vorschriften im internationalen Handel haben können und welche Mittel das Übereinkommen vorsieht, um die resultierenden Probleme zu beseitigen.

B-Darstellung der Problematik: die öffentlich-rechtlichen Bestimmungen

I-Allgemeines

Die Nutzbarkeit einer Kaufsache unterliegt in verschiedenen Ländern unterschiedlichen Verwendungsbedingungen. Sie können sich aus religiösen Überzeugungen, kulturellen Traditionen, klimatischen Verhältnissen usw. ergeben. Ein Beispiel dafür ist die notwendige Berücksichtigung der niedrigen Temperaturen eines Landes⁴. Die öffentlich-rechtlichen Vorgaben sind ein Ausschnitt dieser vielfältigen Bedingungen⁵.

¹ Académica do 6º semestre da Faculdade de Direito da Universidade Federal do Rio Grande do Sul. Bolsista do convênio UNIBRAL/CAPES/DAAD na Universidade de Giessen (Alemanha) durante o período outubro/2006 – setembro/2007. O presente trabalho foi orientado pelo Prof. Christoph Benicke, da Universidade de Giessen. A autora agradece Fernando Lusa Bordin, Nadine Botke e Ksenia Naumova pela ajuda decisiva. Em sua versão em português, “A responsabilidade pela adequação do bem às normas de direito público do país de destino na Convenção de Viena de 1980 sobre Compra e Venda Internacional”, foi destaque no Salão de Iniciação Científica edição 2007 da Faculdade de Direito da UFRGS. Muito obrigada à Faculdade de Direito da UFRGS e à Profa. Dra. Claudia Lima Marques por oportunizarem esta publicação.

² Schlechtriem, Internationales UN-Kaufrecht, Rn. 2-3.

³ Koller/Stalder, FS Gauchs Welt, 2004, 476 (478).

⁴ Benicke, in: MÜKo-Handelsrecht, Art. 35 Rn. 8.

⁵ Schlechtriem, IPRax 1999, 388 (389).

Es gibt vielfältige Gründe für solche öffentlich-rechtlichen Beschränkungen. Traditionen, historisch zufällige Entwicklungen, Gebräuche etc. setzen Verwendungsanforderungen voraus, und auf diese Weise werden besondere Maßstäbe durch Gesetze bzw. Verordnungen eingeführt. Sie können z.B. die erforderliche Stromspannung bei elektrischen Geräten oder die Bedienungselemente in einem Kraftfahrzeug bestimmen.⁶ Solche Vorschriften können auch Arbeitnehmer, Verbraucher oder die Umwelt schützen.⁷

Öffentlich-rechtliche Vorgaben, die für die Nutzbarkeit einer Kaufsache eine relevante Bedeutung haben, können aber im Land des Käufers und des Verkäufers verschieden sein. So können Sachverhalte auftreten, die Unstimmigkeiten im internationalen Handel provozieren⁸ und im CISG nicht deutlich geregelt wurden.⁹ Diese Vorgaben können dazu führen, dass der Käufer die gelieferten Waren nicht weiterveräußern oder weiterverwerten kann¹⁰.

Fraglich ist, wer das Risiko einer Diskrepanz der öffentlich-rechtlichen Verordnungen im Verkäufer- und Verwendungsland, die die Nutzbarkeit der Ware beschränkt, übernehmen muss. Dazu ist es zunächst notwendig herauszufinden, nach welchen Artikeln des Übereinkommens das Problem beurteilt werden muss.

II - Einordnung der öffentlich-rechtlichen Bestimmungen

1- Der Begriff „Verordnung“

Für die Bezeichnung der öffentlich-rechtlichen Beschränkungen wird der Begriff „Verordnung“¹¹ von der Lehre und der Rechtsprechung wegen seiner Neutralität benutzt¹², da es auf die Rechtsnatur der öffentlich-rechtlichen Bestimmungen nicht im einzelnen ankommt, solange sie nur die tatsächliche Verwendbarkeit der Ware beeinflussen¹³. Es macht deswegen keinen Unterschied, ob die Verordnungen selbst rechtswidrig sind oder nicht, weil es nur auf ihre faktische Auswirkungen auf die Verwendungsfähigkeit der Sache ankommt¹⁴. Ebenso belanglos ist es, wenn sich später herausstellt, dass die Verordnung grundlos oder nichtig war¹⁵.

2- Rechts- oder Sachmangel?

Das CISG differenziert wie die nationalen Rechtsordnungen nach Sach- und Rechtsmängeln. Rechtsmängel sind die Grundlagen in der Vorgeschichte der Ware oder einem Verhalten der Verkäufers, Sachmängel sind die Probleme mit den konkreten Eigenschaften der Ware oder der Verpackung¹⁶.

⁶ Schlechtriem, IPRax 1996, 12 (13).

⁷ Schlechtriem, Internationales UN-Kaufrecht, Rn. 167.

⁸ Was z.B. in einem Land eine Delikatesse ist, kann in einem anderen ungeeignet zum menschlichen Verzehr und daher nicht handelbar bzw. verwendungsfähig sein: vgl. Schlechtriem, IPRax 1996, 12 (14).

⁹ Schlechtriem, IPRax 1999, 388 (388).

¹⁰ Lurger, IHR 2001, 91 (99).

¹¹ Aus stilistischen Gründen werden im Folgenden auch Synonyme von des Begriffs „Verordnung“ benutzt.

¹² Schlechtriem, IPRax 1996, 12 (13).

¹³ Koller/Stalder, FS Gauchs Welt, 2004, 476 (479).

¹⁴ Schlechtriem, IPRax 1996, 12 (13).

¹⁵ Schlechtriem, Internationales UN-Kaufrecht, Rn. 136.

¹⁶ Schlechtriem/Schwenzer, UN-Kaufrecht, Art. 35 Rn. 4.

Dieser Unterschied ist im Rahmen dem CISG wichtig, weil die in Art. 39¹⁷ geregelte Ausschlussfrist nicht für Rechtsmängel gilt. Außerdem ist die Haftung wegen eines Rechtsmangels nur bei Einwilligung des Käufers möglich und wegen eines Sachmangels bereits bei grob fahrlässiger Unkenntnis¹⁸.

Die öffentlich-rechtlichen Einschränkungen begrenzen die Nutzbarkeit der Kaufsache wegen ihrer bestimmten Beschaffenheiten¹⁹ und werden dann als Sachmängel gekennzeichnet. Die Lehre und Rechtsprechung beurteilen solche Sachverhalte einhellig nach Art. 35²⁰, der die Voraussetzungen einer vertragsmäßigen Ware fordert. Dieser Zuordnung ist auch der BGH gefolgt²¹. Wenn solche Regelungen allerdings nicht nur die Verwendbarkeit der Ware, sondern die Rechtsstellung des Käufers beschränken, liegt ein Rechtsmangel vor, und Art. 41 ist anwendbar²². Diese Arbeit beschränkt sich auf die Frage des Sachmangels, der in Artikel 35 des CISG geregelt ist.

C- Voraussetzungen für eine vertragsmäßige Ware

Art. 35 befasst sich mit den Anforderungen an die körperliche Beschaffenheit der Kaufsache, damit sie vertragsmäßig ist²³. Nach der Grundregel muss die Ware der vertraglichen Vereinbarung entsprechen²⁴ [Art. 35 (1)]. Deswegen können die Parteien die Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorgaben vertraglich bestimmen. Die Praxis zeigt allerdings, dass die Notwendigkeit der Konformität der Ware mit öffentlichen-rechtlichen Vorschriften bei Vertragsschluss oft gar nicht bedacht wird.²⁵ Es ist aufgrund ihrer unermesslichen Vielzahl und regelmäßigen Entwicklung unmöglich, alle öffentlich-rechtlichen Vorschriften, die der Verkäufer einhalten muss, vertraglich zu verzeichnen²⁶. Haben die Parteien im Vertrag keine ausreichende Vereinbarung bezüglich der Einhaltung öffentlich-rechtlicher Vorgaben vereinbart, greifen hilfsweise die objektiven Kriterien des CISG [Art. 35 (2)] ein²⁷.

I- Vertragliche Vereinbarung – Art. 35 (1)

1- Allgemeines

Die vertraglichen Festlegungen bestimmen in erster Linie die an eine Ware zu stellenden Beschaffenheitsanforderungen²⁸. Die Parteien können ausdrücklich oder stillschweigend die Eigenschaften der Sache beschließen²⁹. Die Ware muss dann in Menge, Qualität, Art und Verpackung der Vertragsbestimmung entsprechen. Die vertragliche

¹⁷ Alle nachfolgenden Artikel ohne nähere Angaben sind solche des CISG.

¹⁸ Schlechtriem, Internationales UN-Kaufrecht, Rn. 167.

¹⁹ Schlechtriem, IPRax 1996, 12 (13).

²⁰ Koller/Stalder, FS Gauchs Welt, 2004, 476 (479).

²¹ Schlechtriem, IPRax 1996, 12 (13).

²² Schlechtriem, Internationales UN-Kaufrecht, Rn. 167; Schlechtriem/Schwenzer, UN-Kaufrecht, Art. 41 Rn. 6-7.

²³ Achilles, Kommentar zum UN-Kaufrechtsübereinkommen (CISG), S. 93, Rn. 1.

²⁴ Schlechtriem/Schwenzer, UN-Kaufrecht, Art. 35 Rn. 1.

²⁵ Koller/Stalder, FS Gauchs Welt, 2004, 476 (479).

²⁶ Koller/Stalder, FS Gauchs Welt, 2004, 476 (479).

²⁷ Schlechtriem/Schwenzer, UN-Kaufrecht, Art. 35 Rn. 12.

²⁸ Achilles, Kommentar zum UN-Kaufrechtsübereinkommen (CISG), Rn. 3; Herber/Czerwenka, Internationales UN-Kaufrecht, Rn. 3.

²⁹ Benicke, in: MüKo-Handelsrecht, Art. 35 Rn. 3.

Festlegung der Eigenschaften der Ware führt wegen des Vereinbarungsspielraums der Parteien zu einem subjektiven Fehlerbegriff. Der Verkäufer muss deswegen für alle Eigenschaften einstehen, die der Käufer nach dem Vertrag von der Ware erwarten darf³⁰. Wer als Verkäufer vom Käufer explizit³¹ auf die öffentlich-rechtlichen Vorschriften des Ziellandes aufmerksam gemacht wurde, muss die Ware so liefern, dass sie diesen Vorgaben genau entspricht³².

2- Bestimmung des Vertragsinhalts

Wenn die Vereinbarungen konkludent geschlossen worden sind, können Schwierigkeiten dabei auftreten, den Inhalt des Vertrags zu bestimmen. In diesem Fall ist eine Auslegung nötig. Nach Art. 8 können sich Beschaffenheitsvereinbarungen aus dem Verhalten der Parteien, aufgrund der Umstände des Einzelfalles, der Parteigepllogenheiten und der Vorverhandlungen ergeben³³. Durch die Benennung des Verwendungsorts kann aber nach dem BGH nicht die vertragliche Vereinbarung abgeleitet werden, dass der Verkäufer die öffentlich-rechtlichen Vorgaben des Verwendungslandes einhalten muss³⁴.

3- Fazit

Wenn die Parteien die Einhaltung bestimmter öffentlich-rechtlicher Vorgaben vertraglich bestimmen, muss der Verkäufer sie beachten. Deswegen treten in diesem Fall keine besonderen Schwierigkeiten auf, es sei denn, man muss durch Auslegung den Vertragsinhalt bestimmen.

Nach einem Teil der Lehre ist Art. 35 I die alleinige Lösungsvariante für die Frage, ob der Verkäufer für die Nichteinhaltung der öffentlich-rechtlichen Vorgaben einzustehen hat.³⁵ Ein vertraglicher Hinweis des Käufers gegenüber dem Verkäufer auf bestimmte Vorgaben im Verwendungsstaat wäre dann erforderlich, um den Verkäufer bei Nichteinhaltung in die Haftung nehmen zu können.³⁶ Allerdings ist eine Lösung auch für die Fälle nötig, wenn es dem Vertrag an solchen Bestimmungen mangelt.

II- Objektive Kriterien - Art. 35 (2)

Wenn die Beschaffenheit der Ware nicht vollständig im Vertrag festgelegt wird, sind die objektiven Kriterien des Abs. 2 anwendbar³⁷, die lediglich einen subsidiären Charakter haben³⁸. Art. 35 (2) bietet dann die maßgebliche Regelung, wenn die Parteien die

³⁰ Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Art. 35 Rn. 18.

³¹ Wenn die vertragliche Vereinbarung konkludent ist, sind die Grenzen zwischen der Möglichkeit der Anwendung von Art. 35 I durch Auslegung des Vertrages und des Art. 35 II unbestimmt: vgl. Koller/Stadler, in: FS Gauchs Welt, 2004, 476 (489).

³² Koller/Stadler, in: FS Gauchs Welt, 2004, 476 (488).

³³ Schlechtriem, IPRax 1996, 12 (13).

³⁴ Vgl. BGH Urt. v. 08.03.1995, IPRax 1996, 29 (30): „Allein dem Umstand, dass die Muscheln zu dem Lager nach Groß-Gerau geliefert werden sollten, ist noch nicht einmal zwingend eine vertragliche Vereinbarung über die Wiederverkäuflichkeit der Ware gerade in der Bundesrepublik Deutschland, erst recht nicht eine solche über die Einhaltung bestimmter öffentlich-rechtlicher Vorgaben, von denen die Wiederverkäuflichkeit abhängen mag, zu entnehmen.“

³⁵ Daun, NJW 1996, 29 (30).

³⁶ Daun, NJW 1996, 29 (30).

³⁷ Benicke, in: MüKo-Handelsrecht, Art. 35 Rn. 7; Herber/Czerwenka, Internationales UN-Kaufrecht, Rn. 3.

³⁸ Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Rn. 10.

Eigenschaften, die die Ware haben soll, weder ausdrücklich noch stillschweigend bezeichnet haben³⁹. Diese Kriterien stellen dann einen Mindeststandard für die Vertragsmäßigkeit der Ware dar⁴⁰. Wenn die Parteien die Anwendung dieser Bestimmung nicht wollen, können sie sie ausschließen⁴¹.

1- Reihenfolge der Objektiven Kriterien im CISG

Haben die Parteien die vertragsgemäße Beschaffenheit nicht bestimmt, greift zunächst Art. 35 (2) b CISG als die speziellere Regelung ein⁴². Erst wenn überhaupt keine Parteivereinbarung besteht, ist Art. 35 (2) a einschlägig. D.h., nur wenn ein besonderer Zweck nicht genannt ist, kommt es auf die erforderlichen Eigenschaften für den gewöhnlichen Gebrauch der Kaufsache an⁴³. Im Rahmen dieser Arbeit wird deswegen eine umgekehrte Reihenfolge gefolgt, um eine bessere Darstellung der Problematik zu erreichen.

2- Bestimmter Zweck Art. 35 (2) b

a) Allgemeines

Die Parteien können einen besonderen Zweck der Ware nach Art. 35 (2) b vereinbaren. Dieser Zweck muss nicht unbedingt ausdrücklich zur Kenntnis des Verkäufers gebracht werden, sondern ein Erkennenkönnen ist ausreichend⁴⁴. Diese Vorschrift setzt keine genaue Beschreibung der Ware, die dem Verwendungszweck entspricht, voraus. Ansonsten wäre diese Beschreibung als einfache vertragliche Bestimmung i.S.d. Art. 35 (1) zu qualifizieren. Die Vorschrift umfasst den Fall, dass der Käufer nur seine Absicht zeigt, die Ware für einen bestimmten Zweck zu benutzen⁴⁵.

Der Verkäufer muss die Möglichkeit haben, den Zweck aus den Umständen des Geschäfts zu erkennen. Der Käufer hat folglich nachzuweisen, dass er den bestimmten Verwendungszweck dem Verkäufer hinreichend zur Kenntnis gebracht hat⁴⁶. Außerdem muss der Käufer auf die Sachkunde des Verkäufers vertrauen dürfen⁴⁷. Wenn diese beiden Voraussetzungen erfüllt sind, nämlich die Möglichkeit der Kenntnisnahme des Zwecks durch den Verkäufer und das Vertrauen auf dessen Sachkunde, ist der Käufer auch ohne förmliche Vereinbarung schutzwürdig⁴⁸.

Die öffentlich-rechtlichen Vorschriften können einen besonderen Verwendungszweck darstellen.⁴⁹ Wenn der Käufer dem Verkäufer die Anforderungen des eigenen Landes mitgeteilt

³⁹ Schlechtriem, Internationales UN-Kaufrecht, Rn. 135.

⁴⁰ Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Rn. 17.

⁴¹ UNCITRAL Digest of case law on the United Nations Convention on the International Sale of Goods. <http://www.uncitral.org/uncitral/en/case_law/digests/cisg.html> ; Ferrari/ Flechtner/Brand/Ronald, The Draft UNCITRAL Digest and Beyond: Cases, Analysis and Unresolved Issues in the U.N. Sales Convention., S. 629.

⁴² Schlechtriem, IPRax 2001, 161 (163).

⁴³ Schlechtriem, IPRax 2001, 161 (163); Schlechtriem/Schwenzer, UN-Kaufrecht, Art. 35 Rn. 12.

⁴⁴ Benicke, in: MüKo-Handelsrecht, Art. 35 Rn. 8.

⁴⁵ Bianca, in: Bianca/Bonell, Commentary on the International Sales Law, Art. 35 2.5.2.

⁴⁶ Benicke in: MüKo-Handelsrecht, Art. 35 Rn. 9.

⁴⁷ Herber/Czerwenka, Internationales UN-Kaufrecht, Rn. 5; Magnus, in: Kommentar zum UN-Kaufrecht, Honsell [Hrsg.], Art. 35 Rn. 20.

⁴⁸ Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Art. 35 Rn. 26.

⁴⁹ Schlechtriem/Schwenzer, UN-Kaufrecht, Art. 35 Rn. 19.

hat, kann er deren Einhaltung erwarten⁵⁰. Die Einhaltung öffentlich-rechtlicher Vorschriften ist nur dann aus dem Hinweis auf einen besonderen Zweck abzuleiten, wenn Gründe für ein Vertrauen auf die Kenntnis des Verkäufers bestehen, da eine Sachkunde des Verkäufers über öffentlich-rechtliche Normen im Käuferland grundsätzlich nicht zu vermuten ist.⁵¹

Der Käufer ist deswegen nicht schutzwürdig, wenn er auf den Zweck hingewiesen hat, ohne berechtigt auf die Sachkunde des Verkäufers zu vertrauen⁵². Die Mitteilung des Zwecks und das Vertrauen auf die Sachkunde des Verkäufers unterliegen den Umständen des konkreten Einzelfalls. Es ist jedoch möglich, einige allgemeine Regeln aufzustellen, um die Risikoverteilung zwischen den Parteien zu bestimmen.

b) Mitteilung des Zwecks

Nach dem Übereinkommen ist es nicht Voraussetzung, dass der besondere Zweck vertraglich bestimmt werden muss⁵³. Es ist umstritten, wie genau die Mitteilung des Zwecks sein soll⁵⁴, damit der Verkäufer für ihn eintreten muss. Eine ausdrückliche Erklärung wäre sicherer und zweifelloser, aber gemäß des Artikels 8 können sich die Beschaffensvereinbarungen auch aus dem Verhalten der Parteien und aufgrund der Umstände des Falles ergeben⁵⁵.

Der Käufer kann sich während der Vorverhandlungen so benehmen, dass er die öffentlich-rechtlichen Vorgaben irgendwie „vorführt“. Dann kann er selbstverständlich von ihrer späteren Berücksichtigung durch den Verkäufer ausgehen⁵⁶. Die tatsächliche Kenntnisnahme des Verkäufers ist nicht nötig; es genügt deren Möglichkeit⁵⁷. Es ist ausreichend, dass ein vernünftiger Verkäufer aus den Umständen des Einzelfalls den besonderen Verwendungszweck erkennen konnte⁵⁸. Der Verkäufer kann den Zweck sogar von Dritten oder durch andere Quellen erfahren⁵⁹. Dennoch ist eine ausdrückliche und genaue Mitteilung ratsam⁶⁰.

Nach einem Teil der Lehre genügt selbst die Angabe des Verwendungsortes, damit der Verkäufer dessen rechtlichen Anforderungen entsprechen muss.⁶¹ Wird dem Verkäufer der Verwendungsort zur Kenntnis gebracht, habe er für die Eignung der Ware bezüglich der Verwendungsbedingungen und öffentlich-rechtlichen Vorgaben einzustehen⁶². Die Voraussetzung dafür ist das Vertrauen des Käufers auf die Sachkunde des Verkäufers.

⁵⁰ Achilles, Kommentar zum UN-Kaufrechtsübereinkommen (CISG), Art. 35 Rn. 6.

⁵¹ Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Art. 35 Rn. 34; Moreno, in: La compraventa internacional de mercaderías: Comentario de la Convención de Viena, Art. 35, S. 301.

⁵² Bianca, in: Bianca/Bonell, Commentary on the International Sales Law, Art. 35 2.5.2.

⁵³ Schlechtriem/Schwenzer, UN-Kaufrecht, Art. 35 Rn. 20.

⁵⁴ Schlechtriem, Internationales UN-Kaufrecht, Rn. 138.

⁵⁵ Schlechtriem, IPRax 1996, 12 (13).

⁵⁶ Schlechtriem, IPRax 1996, 12 (13).

⁵⁷ Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Art. 35 Rn. 28. Daun, NJW 1996, 29 (29).

⁵⁸ Schlechtriem/Schwenzer, UN-Kaufrecht, Art. 35 Rn. 21.

⁵⁹ Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Art. 35 Rn. 29.

⁶⁰ Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Art. 35 Rn. 28.

⁶¹ Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Art. 35 Rn. 27.

⁶² Schlechtriem/Schwenzer, UN-Kaufrecht, Art. 35 Rn. 20.

c) Vertrauen

Der Käufer darf auf die Sachkunde des Verkäufers nur dann vertrauen, wenn die Umstände des Falls solch ein Vertrauen nicht als ungerechtfertigt erscheinen lassen⁶³. Es besteht dann kein schutzwürdiges Vertrauen des Käufers, wenn er die Verwendbarkeit der den Bestimmungen des Herkunftslandes entsprechenden Ware im Zielland selbst einschätzen kann⁶⁴. Auch wenn der Käufer selbst die Produktion der Ware beeinflusst hat oder von einem Verkäufer ohne Fachkenntnisse⁶⁵ kauft, ist er nicht schutzwürdig⁶⁶.

Das Vertrauenserfordernis funktioniert wie eine Grenze für die Verantwortlichkeit des Verkäufers. Je spezieller bzw. schwerer zugänglich die öffentlich-rechtlichen Vorgaben im Verwendungsland sind, desto weniger schutzwürdig ist der Käufer in seinem Vertrauen darauf, dass der Verkäufer sie kennt und ihnen entsprechen kann⁶⁷. Andernfalls müsste der Verkäufer immer für die Einhaltung der im Land geltenden Bestimmungen eintreten⁶⁸.

Es gibt allerdings einige in der Lehre und Rechtsprechung anerkannte Umstände, in denen immer von schutzwürdigem Vertrauen ausgegangen wird: Wenn die Bestimmungen im Verkäuferstaat gleich sind wie im Käuferstaat, bedeutet eine Abweichung davon eine Vertragswidrigkeit⁶⁹. Der Verkäufer muss ebenfalls die Standards des Käuferstaates kennen, wenn er entweder eine Niederlassung im Käuferstaat hat oder in große Menge dorthin exportiert. Wenn der Verkäufer lange Geschäftsbeziehungen mit dem Käufer unterhält oder gezielt wirbt, muss er die Vorgaben des Bestimmungslandes ebenfalls gut kennen.⁷⁰ In diesen Konstellationen muss der Verkäufer die den Standards entsprechende Ware liefern.

Ferner wird man bei global agierenden Unternehmern Kenntnisse der öffentlich-rechtlichen Vorschriften des Verwendungslandes verlangen dürfen⁷¹, da sie weltweit ihre Produkte vertreiben. Anders zu beurteilen ist der Fall eines kleinen Betriebs, der weder über Mitarbeiter zur Ermittlung der entsprechenden Voraussetzungen im Verwendungsland noch über die Sachkunde zu ihrer Einhaltung verfügt⁷². Es wäre ebenfalls zu hart, den Verkäufer, sowohl den großen Unternehmer als auch den kleinen, zu verpflichten, Kenntnisse über kaum bekannte Vorgaben zu haben⁷³. Schließlich gibt es noch eine Faustregel für potenziell gefährliche Waren: Je höher die von der Ware ausgehenden potentiellen Gefahren sind, desto eher wird der Verkäufer damit rechnen müssen, dass im Käuferland entsprechende öffentlich-rechtliche Standards gelten⁷⁴.

⁶³ Moreno, in: La compraventa internacional de mercaderías: Comentario de la Convención de Viena, Art. 35, S. 302; Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Art. 35 Rn. 28.

⁶⁴ Moreno, in: La compraventa internacional de mercaderías: Comentario de la Convención de Viena, Art. 35, S. 302; Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Art. 35 Rn. 32.

⁶⁵ Wenn der Verkäufer z.B. nicht der Hersteller der Ware sondern ein Zwischenhändler oder das erforderliche Urteilsvermögen in der jeweiligen Handelsbranche unüblich ist: vgl. Schlechtriem/Schwenzer, UN-Kaufrecht, Art. 35 Rn. 23. Ebenso: Reinhart, in: UN-Kaufrecht: Kommentar zum Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 11. April 1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf, Art. 35 Rn. 6.

⁶⁶ Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Art. 35 Rn. 33.

⁶⁷ Schlechtriem, IPRax 2001, 161 (163).

⁶⁸ Piltz, UN-Kaufrecht, Rn. 236.

⁶⁹ Reinicke/Tiedtke, Kaufrecht, Rn. 1013.

⁷⁰ Achilles, Kommentar zum UN-Kaufrechtsübereinkommen (CISG), Art. 35 Rn. 6.

⁷¹ Koller/Stalder, FS Gauchs Welt, 2004, 476 (490).

⁷² Schlechtriem, IPRax 1996, 12 (16).

⁷³ Schlechtriem, IPRax 1996, 12 (14).

⁷⁴ Daun, NJW 1996, 29 (30).

Bezüglich der Beweislast muss der Käufer nachweisen, dass der Verkäufer den besonderen Verwendungszweck der Ware kannte⁷⁵. Andererseits liegt die Beweislast beim Verkäufer zu zeigen, dass der Käufer auf seine Sachkunde nicht vertrauen durfte⁷⁶. Weist z.B. der Verkäufer den Käufer auf bestimmte Bedenken bezüglich der Verwendung der Ware hin, dieser besteht aber auf seine Bestellung, wird es deutlich, dass er nicht auf die Sachkunde des Verkäufers vertraut⁷⁷.

d) Fazit

Wenn die Mitteilung des besonderen Zwecks erkennbar und das Vertrauen auf die Sachkunde des Verkäufers gerechtfertigt sind, muss der Verkäufer die öffentlich-rechtlichen Bestimmungen beachten. Thomas Koller und Michael Stalder formulierten für das Verhältnis der beiden Voraussetzungen die folgende Regel: „Die beiden Elemente beeinflussen sich insofern gegenseitig, als genügender Hinweis des Käufers auf einzuhaltende öffentlich-rechtliche Vorschriften je eher anzunehmen ist, desto sachkundiger der Verkäufer in dieser Hinsicht ist und umgekehrt“⁷⁸.

Wenn der Käufer dem Verkäufer den besonderen Zweck der bezüglichen Ware offensichtlich gemacht hat und ein begründeter Anlass für die Sachkunde des Verkäufers besteht, kann der Käufer die Beachtung der öffentlich-rechtlichen Verordnungen seines Landes verlangen. Der Verkäufer ist andererseits gegen eine übermäßige Verantwortlichkeit durch die Voraussetzung des begründeten Vertrauens geschützt.

3- Gewöhnlicher Gebrauch - Art. 35 (2) a

In Ermangelung einer Parteivereinbarung bezüglich des besonderen Zwecks der Ware, muss sie für den gewöhnlichen Zweck geeignet sein. Die Verkehrsauffassung bestimmt diesen nach dem gewöhnlichen Nutzerkreis⁷⁹. Die Güter sind für den gewöhnlichen Zweck geeignet, wenn sie die übliche Beschaffenheit haben und nicht Mängel aufweisen, die in ähnlichen Gütern nicht zu erwarten sind⁸⁰. Die Ware muss den Erwartungen entsprechen, die ein durchschnittlicher Nutzer an sie stellt⁸¹.

Allerdings ist dieser Standard bei grenzüberschreitenden Kaufverträgen nicht immer geeignet, da nationale Divergenzen in der Würdigung der Kaufsache bestehen.⁸² Teilweise bestehen aber übereinstimmende Regeln in den EU-Staaten, wodurch der „gewöhnlicher Gebrauch“ konkretisiert sein kann⁸³. Wo die Vorgaben divergierend sind, hat dieser Maßstab naturgemäß geringere Bedeutung⁸⁴.

⁷⁵ Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Art. 35 Rn. 56.

⁷⁶ Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Art. 35 Rn. 56.

⁷⁷ Gert, in: UN-Kaufrecht Kommentar zum Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 11. April 1980 über Verträge über den internationalen Warenkauf, Art. 35 Rn. 6.

⁷⁸ Koller/Stalder, FS Gauchs Welt, 2004, 476 (490).

⁷⁹ Benicke, in: MüKo-Handelsrecht, Art. 35 Rn. 10.

⁸⁰ Bianca, in: Bianca/Bonell, Commentary on the International Sales Law, Art. 35 2.5.1.

⁸¹ Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Rn. 18.

⁸² „Bedienungs- und Sicherheitseinrichtungen für technische Erzeugnisse mögen in einem Land als selbstverständlicher Standard vorausgesetzt, in einem Land als teurer und -noch- überflüssiger Luxus betrachtet werden“; vgl. Schlechtriem, Internationales UN-Kaufrecht, Rn. 137.

⁸³ Schlechtriem, IPRax 1996, 12 (15).

⁸⁴ Schlechtriem, IPRax 1996, 12 (15).

a) Die allgemeine Regel

Grundsätzlich ist der Verkäufer nicht verpflichtet, die spezifischen Anforderungen des Käuferlandes zu kennen. Da der Käufer eine engere Beziehung zu den Vorschriften in seinem Land hat, soll das Risiko einer möglichen Diskrepanz der Regeln bei ihm liegen⁸⁵. Wenn also die Standards im Käuferland höher sind als die im Verkäuferland muss der Käufer ihr Bestehen mitteilen⁸⁶. Letztlich genügt es nicht, nur den Bestimmungsort der Ware zu nennen, damit der Verkäufer dessen Vorschriften beachten muss⁸⁷. Daher gehören die öffentlich-rechtlichen Vorgaben nicht zum üblichen Nutzungszweck⁸⁸.

b) „Leading case“: die Entscheidung des BGH vom 08.03.1995 „Neuseeland-Muschel-Fall“⁸⁹

Der deutsche Bundesgerichtshof (BGH) war das erste Höchstgericht, das in dieser Konstellation entschied⁹⁰. Nach der Auffassung des BGH gilt als allgemeine Regel, dass der gewöhnliche Gebrauch der Ware nach Art. 35 (2)a die Notwendigkeit der Beobachtung der öffentlich-rechtlichen Vorschriften nicht umfasst.

In diesem Fall ging es um eine schweizerische Verkäuferin, die neuseeländische Muscheln nach Deutschland lieferte, deren Cadmiumgehalt zwar noch unterhalb des zulässigen deutschen Grenzwerts lag, der aber so erhöht war, dass das deutsche Veterinäramt die Ware als „nicht unbedenklich“ deklarierte. Die deutsche Käuferin berief sich daraufhin auf eine Vertragsaufhebung wegen wesentlicher Vertragsverletzung und verweigerte die Zahlung des Kaufpreises. Der BGH verpflichtete sie jedoch zur Kaufpreiszahlung, weil von der schweizerischen Verkäuferin die Einhaltung besonderer öffentlich-rechtlicher Vorschriften im Verwendungsstaat nicht erwartet werden konnten.

c) Die Ausnahmen

In der Neuseeland-Muschel-Entscheidung nannte der BGH drei Ausnahmen für den allgemeinen Grundsatz, nach dem der Verkäufer die spezifischen Anforderungen des Bestimmungslandes nicht kennen muss. Wenn die geltenden Standards in beiden Staaten gleich sind, müssen sie eingehalten werden. Ebenfalls muss der Verkäufer die Vorgaben im Bestimmungsland beachten, wenn sie ihm aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalls bekannt sind oder sein müssten, wenn er etwa mit dem Käufer in längerer Geschäftsverbindung steht, eine Niederlassung im Bestimmungsland hat, dort Werbung treibt oder häufig dorthin exportiert.⁹¹

⁸⁵ „Im Zweifel hat die Ware nur den Standard im Verkäuferland einzuhalten“; Magnus, in: Kommentar zum UN-Kaufrecht, Honssell [Hrsg.], Art. 35 Rn. 14. Ebenso: Koller/Stalder, FS Gauchs Welt, 2004, 476 (480), Huber, IPRax 2004, 358 (359), Moreno, in: La compraventa internacional de mercaderías. Comentario de la Convención de Viena, Art. 35 S. 301.

⁸⁶ Schlechtriem/Schwenzer, UN-Kaufrecht, Art. 35 Rn. 16.

⁸⁷ Schlechtriem/Schwenzer, UN-Kaufrecht, Art. 35 Rn. 17.

⁸⁸ Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Art. 35 Rn. 22.

⁸⁹ BGH, Urt. v. 08.03.1995, IPRax 1996, 30 ff.

⁹⁰ Lurger, IHR 2001, 91 (99).

⁹¹ Entscheidung BGH 08.03.1995, IPRax 1996, 30 (31).

Wenn der Käufer den Verkäufer auf die besonderen Bestimmungen im Verwendungsland hinweist, ist die allgemeine Regel des Art. 35 (2) a nicht anwendbar. Dann befindet man sich allerdings im Anwendungsbereich des Art. 35 (2) b⁹², was der BGH ausdrücklich formuliert hat: „Auf bestimmte Vorgaben im Land des Käufers kann jedenfalls nur dann abgestellt werden, wenn (...) der Käufer den Verkäufer – was wohl im Rahmen des Art. 35 Abs. 2 lit. b UN-Kaufrecht zu prüfen wäre – auf sie hingewiesen hat und dabei auf dessen Sachkunde vertraute und vertrauen durfte.“⁹³

Der BGH ordnete die Frage der Einhaltung der öffentlich-rechtlichen Bestimmungen aber nicht genau rechtlich zu. Mit dem Hinweis, die rechtliche Einordnung der Frage bedürfe keiner „Aufhellung“, suchte der BGH die Lösung nicht anhand des Gesetzes.⁹⁴ Deswegen gibt es in der Entscheidung keine Abgrenzung zwischen Art. 35 (2) „a“ und „b“.

Die drei Ausnahmen wurden vor der Entscheidung des BGH bereits von der Lehre entwickelt⁹⁵. Die Lehre kennt aber darüber hinaus noch andere mögliche Ausnahmen für die allgemeine Regel: Wenn internationale Handelsbräuche bezüglich der Eigenschaften der Sache bestehen, müssen sie als Mindeststandard beachtet werden⁹⁶. Es gibt z.B. einen internationalen Handelsbrauch, dass der verkaufte Fisch ohne sonstige Referenz nur aus Fängen des laufenden Jahres zu stammen hat; wenn der Fisch aus vorangegangenen Jahren ist, liegt eine Vertragswidrigkeit vor.⁹⁷ Grundsätzlich muss der Verkäufer Zugang zu dem gewöhnlichen Gebrauch der Ware im Importeurland haben, damit eine dieser Ausnahmen Anwendung finden kann.

d) Fazit

Es ist schwer, die Frage der Notwendigkeit der Übereinstimmung der Ware mit den öffentlichen-rechtlichen Vorschriften im Rahmen des Artikels 35 (2) a zu beantworten. Diese Regelung bringt keine Klärung, da nicht immer einheitliche Handelsgebräuche bestehen⁹⁸. Gibt es Divergenzen, fehlt ein objektiver Maßstab für die Eignung zum gewöhnlichen Gebrauch⁹⁹.

Diese Regelung könnte aber anwendbar sein, wenn kein besonderer Zweck bzw. kein besonderes Verwendungsland genannt wird: dann bleiben die Verwendungsbedingungen im Verkäuferland maßgeblich¹⁰⁰. Dementsprechend ist die Verwendbarkeit der Ware nach Art. 35 (2) a hauptsächlich das Risiko des Käufers¹⁰¹, es sei denn, dass die vorgenannten Ausnahmen eingreifen.

⁹² Vgl. oben S. 8.

⁹³ Entscheidung BGH 08.03.1995, IPRax 1996, 30 (31).

⁹⁴ Daun, NJW 1996, 29 (29).

⁹⁵ Bianca/Bonell, Commentary on the International Sales Law Art. 35 § 2, Schlechtriem/Schwenzer, UN-Kaufrecht, Art. 35 Rn. 16.

⁹⁶ Schlechtriem/Schwenzer, UN-Kaufrecht, Rn. 16; Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Art. 35 Rn. 21; Huber, IPRax 2004, 358 (359).

⁹⁷ Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Art. 35 Rn. 21, vgl. österreichischer Oberster Gerichtshof (OGH), Urt. v. 27.02.2003.

⁹⁸ Koller/Stalder, FS Gauchs Welt, 2004, 476 (480).

⁹⁹ Schlechtriem, Internationales UN-Kaufrecht, Rn. 137.

¹⁰⁰ Schlechtriem, IPRax 2001, 161 (163).

¹⁰¹ Magnus, in: J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, UN Kaufrecht, Art. 35 Rn. 22.

D - Ausrichtung der Rechtsprechung

I- Vorstellung der Sachverhalte

Nach der Entscheidung des BGH vom 08.03.1995 (Neuseeland-Muschel-Fall)¹⁰² erörterten andere Gerichte weltweit die Frage der öffentlich-rechtlichen Bestimmungen, die die Nutzbarkeit der Ware beschränken. Im Folgenden soll eine Auswahl dieser Rechtsprechung dargestellt werden.

In der Entscheidung vom 02.03.2000 der *Audiencia Provincial de Granada*¹⁰³ wurde die allgemeine Regel, dass die Nichtzulassung der Ware zur Vermarktung im Zielland nicht ihre Vertragswidrigkeit zur Folge hat, bestätigt. In diesem Fall ging es um eine nordamerikanische Gesellschaft, die gefrorene Hühner- und Hähnchenschenkel bei einer spanischen Verkäuferin bestellte. Diese Ware war für die Ukraine bestimmt. Aber dort konnte sie nicht gebraucht werden, da das Fleisch nach ukrainischen Vorschriften gegen notwendige „Schlachtungsstechniken“ verstieß.

Das Urteil beruhte auf den Umständen, dass die Käuferin die Ware vor der Lieferung überprüft und ausgesucht hatte und die besondere Eigenschaften, die die Produkte zu erfüllen hatte, nicht benannte, und entschied, dass die Ware vertragsgemäß war. Am Ende beschloß das Gericht, dass „ein Einfuhr- oder Verbrauchsverbot einer Ware in einem bestimmten Land nicht bedeutet, dass diese Ware für den vertraglich vereinbarten Zweck ungeeignet ist, wenn dem Verkäufer die geforderten Form- und Präsentationsvorgaben für die Lieferung der Ware nicht zur Kenntnis gebracht wurden“.

Im Fall „*Medical Marketing International, Inc. v. Internazionale Medico Scientifica*“ vom 17.05.1995¹⁰⁴ hatten die amerikanischen Behörden („Food and Drug Administration“) Medizingeräte, die von Internazionale Medico Scientifica an Medical Marketing International verkauft wurden, beschlagnahmt. Die amerikanische Käuferin und die italienische Verkäuferin hatten schon eine längere Geschäftsbeziehung und stritten nun darüber, wer dafür verantwortlich war, sicherzustellen, dass die Ware den amerikanischen Anforderungen entspricht. Die Parteien waren vor ein Schiedsgericht gegangen, und nach der Entscheidung dieses Gerichts wurde dem Kläger (Medical Marketing International) Schadensersatz gewährt.

Nach dem Antrag der Käuferin hat der District Court den Anspruch bestätigt: die allgemeine Regel, dass Verkäufer nicht verpflichtet ist, die Ware gemäß den Verordnungen des Landes des Käufers zu liefern, sei hier nicht anwendbar. Es wurde aber auf eine vom BGH entwickelte Ausnahme zurückgegriffen: Der Verkäufer kannte zum Lieferzeitpunkt die einschlägigen Regelungen oder musste sie zumindest wegen der langjährigen Geschäftsbeziehung kennen. Daher sollte er die rechtmäßige Ware liefern.

¹⁰² BGH Urt. v. 08.03.1995, IPRax 1996; = Aufrufbar in der CISG-online-Datenbank unter: <<http://www.cisg-online.ch/cisg/urteile/144.htm>>

¹⁰³ Aufrufbar unter: <<http://www.cisg-online.ch/cisg/urteile/756.htm>>

¹⁰⁴ Aufrufbar unter: <<http://www.unilex.info/case.cfm?pid=1&do=cases&id=360&step=FullText>>

Auch in der Entscheidung des Landgerichts Ellwangen vom 21.08.1995¹⁰⁵ und in der Entscheidung des Cour d'Appel de Grenoble vom 13.09.1995¹⁰⁶ wurde der Verkäufer wegen der längeren Geschäftsbeziehungen verpflichtet, die öffentlich-rechtlichen Vorgaben einzuhalten. In der Entscheidung des *Landgerichts Ellwangen* lieferte ein spanischer Verkäufer Paprikapulver nach Deutschland, das den in Deutschland zulässig Maximalwert an Ethylenoxid um 150% überschritt. Bei Abschluss des Vertrages waren die Parteien ausdrücklich darüber einig, dass die Ware das deutsche Lebensmittelrecht beachten muss. Außerdem hatte der Verkäufer längere Geschäftsbeziehungen mit dem Käufer und exportierte schon lange nach Deutschland. Ferner war der Vertrag durch eine deutsche Vertreterin des Verkäufers abgeschlossen worden. Deswegen konnte die Klägerin nicht einwenden, ihr sei das deutsche Lebensmittelrecht unbekannt und sollte in Deutschland verkehrsfähige Ware liefern. Das Gericht entschied, dass weil die gelieferte Ware dem Vertrag nicht entsprach, der Käufer den Vertrag aufheben konnte.

Im Fall der *Entscheidung des Cour d'Appel de Grenoble* lieferte eine italienische Verkäuferin Parmesankäse nach Frankreich, der nicht den französischen Lebensmittelvorschriften hinsichtlich der Verpackung (Zusammensetzung und Ablaufdatum) entsprochen hatte. Die geschäftlichen Beziehungen zwischen den Parteien dauerten schon 20 Jahre und in diesem konkreten Fall wusste die Verkäuferin, dass der Käse in Frankreich vertrieben werden sollte. Nach der Auffassung des Gerichts, verpflichtete diese Kenntniss die Verkäuferin die Vertriebsbestimmungen Frankreichs zu beachten. Die Lieferung ohne diese Beachtung verstieß gegen Art. 35 des Übereinkommens.

Demgegenüber wird die *Entscheidung des österreichischen Obersten Gerichtshofs (OGH) vom 13.04.2000*¹⁰⁷ von der Lehre kritisiert¹⁰⁸. In diesem Fall lieferte eine deutsche Verkäuferin gebrauchte Maschinen nach Österreich, die im EU-Raum weiterverkauft werden sollten. Diese Maschinen hatten keine CE-Kennzeichnung und die Verkäuferin hatte dem Käufer versichert, dass eine solche Kennzeichnung nicht notwendig wäre und die Ware ungehindert vertrieben werden. Obwohl die deutschen Maschinen-Sicherheitsverordnung diese Kennzeichnung nicht forderte, war sie Voraussetzung nach der österreichischen Maschinen-Sicherheitsverordnung. Nach der Ansicht des OGH bestimmen die Standards im Land des Verkäufers die Eignung für den gewöhnlichen Zweck. Eine Mitteilung des Bestimmungslands wäre nicht ausreichend, um den Verkäufer zu verpflichten, alle dort geltenden öffentlich-rechtlichen Bestimmungen einzuhalten. Der Fall lässt sich nicht abschließend beurteilen, weil die Erörterung einiger Fragen fehlte.

Nach der Interpretation der Lehre musste die Verkäuferin, da der Verwendungszweck in einem bestimmten Land bekannt war, für diesen Zweck geeignete Ware liefern¹⁰⁹. Diese

¹⁰⁵ Aufrufbar unter: <<http://www.cisg-online.ch/cisg/urteile/279.htm>>.

¹⁰⁶ Aufrufbar unter: <<http://cisgw3.law.pace.edu/cases/950913f1.html>> (Englische Übersetzung), die originale Version unter: <<http://www.cisg-france.org/decisions/130995v.htm>>.

¹⁰⁷ Aufrufbar unter: <http://www.cisg.at/2_10000wh.htm>.

¹⁰⁸ Schlechtriem, IPRax 2001, 161 (162); Lurjer, IHR 2001, 91 (100); Koller/Stalder, FS Gauchs Welt, 2004, 476 (491).

¹⁰⁹ Lurjer IHR 2001, 91 (101).

Eignung beinhaltet die Einhaltung der Vorschriften des Absatzlandes¹¹⁰. Außerdem hatte die Verkäuferin die notwendige Sachkenntnis bezüglich der Kaufsache, da sie versicherte, dass kein CE-Kennzeichnungsbedürfnis vorlag¹¹¹. Damit hatte die Verkäuferin ein berechtigtes Vertrauen in ihre Sachkunde begründet¹¹². Ferner gab es eine lange Geschäftsbeziehung zwischen den Parteien, die noch ein Motiv für solches Vertrauen war¹¹³.

Schließlich, in der Entscheidung des BGH vom 02.03.2005, bestellte eine deutsche Käuferin bei einer belgischen Firma eine größere Menge Schweinefleisch, die an eine Kundin in Bosnien-Herzegowina geliefert werden sollte. Einige Monate später trat in Belgien und Deutschland der Verdacht auf, dass das belgische Fleisch dioxinbelastet sei. Die beiden Länder erließen dann Verordnungen über die Beschlagnahme von Frischfleisch. In Bosnien wurde auch ein Verkaufsverbot des Fleisches erlassen. Das Gericht hatte dann das Fleisch als nicht vertragsgemäß deklariert, aber es betonte, dass diese Vertragswidrigkeit nicht aus einer Unvereinbarkeit der Ware mit den öffentlich-rechtlichen Vorschriften im Verwenderland resultierte.

Eigentlich wurde das Fleisch in der gesamten Europäischen Union als nicht geeignet erklärt. Zur Eignung der Kaufsache zum gewöhnlichen Gebrauch muss sie zum Wiederverkauf geeignet sein, und eine gesundheitsschädliche Ware entspricht nicht dieser Voraussetzung. Für diese Erwägung sind die Vorschriften im Land des Verkäufers maßgebend. Obwohl die belgischen Vorschriften erst nach der Übereignung des Fleisches erlassen wurden, gab es zu diesem Zeitpunkt schon einen versteckten Mangel. Das Gericht entschied dann, dass die Käuferin für das mangelhafte Fleisch nicht bezahlen musste.

Obwohl in der Entscheidung die Anwendung der Bestimmungen des Verwendungslands verneint wurden, behauptete Schlechtriem, dass der BGH seine Meinung über das Thema gemildert habe¹¹⁴. Selbst wenn Belgien keine Verordnung erlassen hätte, hätte das Gericht für den Käufer entschieden, weil das Hauptargument der Entscheidung die Möglichkeit der Wiederverkäuflichkeit der Ware war. Solche Wiederverkäuflichkeit ist durch die Umstände und öffentlich-rechtliche Verordnungen des Verwendungslands entschieden¹¹⁵.

II - Fazit

Im Wesentlichen zeigen die Entscheidungen der Gerichte, dass das Bestehen verschiedener öffentlich-rechtlicher Verordnungen im Verwendungsland *per se* ihre Einhaltung vom Verkäufer nicht erfordert. Es ist auch notwendig, dass besondere Umstände vorliegen, die die Kenntnis der Verordnungen seitens des Verkäufers ermöglichen.

¹¹⁰ Schlechtriem IPRax 2001, 161 (162); Lurjer IHR 2001, 91 (101).

¹¹¹ Lurjer IHR 2001, 91 (101).

¹¹² Koller/Stalder, FS Gauchs Welt, 2004, 476 (491).

¹¹³ Koller/Stalder, FS Gauchs Welt, 2004, 476 (491).

¹¹⁴ Schlechtriem, "Compliance with local law, seller's obligations and liability": Annotation to German Supreme Court Decision of 2 March 2005, Review of the Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG), 2005, Aufrufbar unter: <<http://cisgw3.law.pace.edu/cisg/biblio/slechtriem7.html>>

¹¹⁵ Schlechtriem, "Compliance with local law, seller's obligations and liability": Annotation to German Supreme Court Decision of 2 March 2005, Review of the Convention on Contracts for the International Sale of Goods (CISG), 2005 <<http://cisgw3.law.pace.edu/cisg/biblio/slechtriem7.html>>

Wenn einer dieser Umstände im konkreten Fall auftritt, z.B., die langjährige Geschäftsbeziehung, entscheiden die Gerichte günstig für den Käufer¹¹⁶. Folglich ist es dann der Verkäufer, der das Risiko der Divergenz der öffentlich-rechtlichen Vorgaben ausnahmsweise trägt und sich darum kümmern muss.

E – Stellungnahme und Ergebnisse

Da das CISG keine spezifische Regelung für die Frage des Eingreifens der öffentlich-rechtlichen Bestimmungen enthält, muss diese Konstellation durch die Auslegung des Übereinkommens gelöst werden. Der Art. 35, der für die Voraussetzungen einer vertragsgemäßen Ware dient, ist dafür maßgebend, weil die öffentlich-rechtlichen Vorgaben Beschaffenheiten der Kaufsache betreffen.

Wenn der Käufer das Bestehen solcher Vorgaben zum Gegenstand des Vertrags wählt, muss der Verkäufer sie gemäß Art. 35 (1) einhalten. Dennoch ist es wegen seiner Vielzahl und Unbeständigkeit vertraglich unmöglich, alle öffentlich-rechtlichen Vorschriften zu umfassen.

Der Abschnitt (2) des Artikels bestimmt dann die objektiven Kriterien. Wenn ein besonderer Zweck der Kaufsache festgelegt ist, kann der Verkäufer verpflichtet sein, die entsprechenden öffentlichen Vorgaben zu beachten, solange die Kenntnis dieses Zwecks möglich ist und der Käufer auf seine Sachkunde vertrauen darf.

Hat der Käufer keinen besonderen Zweck festgelegt, muss die Ware für den gewöhnlichen Gebrauch geeignet sein. Da der gewöhnliche Gebrauch verschieden im Käufer- und Verwendungsland sein kann, trägt der Käufer grundsätzlich das Risiko einer Diskrepanz der öffentlichen Vorgaben, weil nach der h. M. der Verkäufer nicht verpflichtet ist, die spezifischen Anforderungen des Verwendungslands zu kennen.

Zu dieser Regel gibt es jedoch Ausnahmen, die von der Lehre und Rechtsprechung bekräftigt werden. Das Vorliegen gleicher Vorgaben im Käufers- und Verwendungsland, das Auftreten besonderer Umstände, die die Kenntnisnahme von ihnen dem Verkäufer ermöglichen, und der Hinweis des Käufers hinsichtlich solcher Vorgaben zwingen den Verkäufer zu ihrer Einhaltung.

Durch die Bewertung der Lehre und der Rechtsprechung kann man bemerken, dass die Abgrenzung zwischen Art. 35 (2) *a* und *b* nicht deutlich ist. Die Gerichte verbinden die beiden Vorschriften, um die Entscheidung im Einzelfall zu treffen, ohne allerdings eine individualisierte Untersuchung über die Anwendbarkeit entweder der lit. *a* oder der lit. *b* zu machen.

Diese Unterscheidung wäre jedoch erforderlich. Während Art. 35 (2) *a* eine allgemeine Regel zugunsten des Verkäufers darstellt und deswegen das Einsetzen der Ausnahmen benötigt, wenn der Käufer offensichtlich Recht hat, verlangt hingegen der Art. 35 (2) *b* eine Einzelfallabwägung im Verhältnis seiner Voraussetzungen. Die Kenntnisnahme des Verkäufers des besonderen Zwecks der Ware genügt nicht allein, um ihm zu verpflichten, die

öffentlich-rechtlichen Vorgaben des Verwendungslands zu beachten. Auf die gleiche Weise kann der Käufer nicht auf einen sachkundigen Verkäufer vertrauen, dass er solche Vorgaben beachtet, wenn er nicht darauf hinweist.

Demnach bietet der Art. 35 (2) *b* eine ausgeglichene Lösung, die das Verwendungsrisiko der Sache hinsichtlich der öffentlich-rechtlichen Vorgaben gleichmäßig zwischen dem Käufer und dem Verkäufer verteilt. Folglich beantwortet Art. 35 (2) *b* die Frage der Verantwortung der Vertragsmäßigkeit der Ware bezüglich verschiedener öffentlich-rechtlichen Vorgaben am besten.

¹¹⁶ Abgesehen von der Entscheidung des OGH vom 13.04.2000. Vgl. oben.